NOVEMBER 2019

70 JAHRE SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Geschichte in Stichworten

VORWORT

Rolf Mützenich, MdB
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Seit 1949 ist der Deutsche Bundestag der zentrale Ort, an dem die politischen Weichen der Republik gestellt werden.

Seit dem ersten Zusammentreten der Fraktion am 31. August 1949 in Bonn wurden in unzähligen Fraktionssitzungen parlamentarische Initiativen erarbeitet und beschlossen. Und es wurde um wichtige Richtungsentscheidungen in der bundesrepublikanischen Politik gerungen: von der zunächst bekämpften Westbindung in den 1950er-Jahren über die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts, die in den 1970er-Jahren eine wesentliche Grundlage für die spätere Auflösung der Blöcke und die Einheit Deutschlands legte. Gerhard Schröders Ablehnung des Irak-Kriegs 2003 war ebenso Gegenstand leidenschaftlicher Debatten in der Fraktion, wie die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008, die Fragen von Migration und Integration seit 2015 oder der Kohleausstieg von 2018 an.

Die SPD-Fraktion hat immer intensiv dafür gekämpft, Frieden, Freiheit und Sicherheit zu wahren, die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken und gleichzeitig die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Verteilungsspielräume überhaupt erst zu ermöglichen.

Auch zu Oppositionszeiten ließen sich SPD-Abgeordnete immer von der Verpflichtung leiten, mit einem klaren Wertekompass die soziale Balance der Gesellschaft zu wahren und das Leben der Menschen konkret zu verbessern.

Diese Broschüre gibt einen Überblick über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion über die Jahrzehnte hinweg. Sie macht deutlich, welche wesentlichen Entscheidungen in Fraktion und Parlament Deutschland geprägt haben. Hunderte Frauen und Männer haben in dieser Fraktion die Geschichte der Bundesrepublik mitgestaltet und als selbstbewusste Abgeordnete dazu beigetragen, dass der Bundestag Ort wichtiger gesellschaftspolitischer Debatten und Entscheidungen werden konnte und auf diese Weise Deutschland zu einer starken und stabilen Demokratie gemacht hat.

Dr. Rolf Mützenich, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

FRAKTIONSGESCHICHTE

August Bebel vor dem Reichstag · 1905

Bereits in das erste deutsche Parlament, die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, ziehen im Jahr 1848 Arbeitervertreter ein. Sie können als Vorläufer der deutschen Sozialdemokratie angesehen werden. Während der Zeit des Kaiserreichs entwickelt sich die sozialdemokratische Partei bis 1912 zur stärksten Partei in Deutschland. Ihr bekanntester Redner ist August Bebel.

In der Weimarer Republik ist die SPD an vielen Koalitionsregierungen gemeinsam mit der katholischen Zentrumspartei beteiligt. Neben Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten in der deutschen Geschichte, stellt sie mit Hermann Müller einen der bemerkenswertesten Reichskanzler. Nach einer flammenden Rede ihres Vorsitzenden Otto Wels stimmt die SPD-Fraktion 1933 geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz, mit dem Hitler die parlamentarische Demokratie abschafft.

Paul Löbe, Luise Schröder, Kurt Schumacher
Erich Ollenhauer
Carlo Schmid
Jeanette Wolff
Kurt Schumacher und Annemarie Renger

- *14. August 1949: Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag*
- *Die SPD kommt auf 29 % der Stimmen, die CDU/CSU erhält 31 %.*
- *Erster Vorsitzender der Bundestagsfraktion wird Kurt Schumacher, der auch Parteivorsitzender ist.*
- *Die CDU/CSU wird von kleineren bürgerlichen Parteien unterstützt und bildet die Regierung.*
- *15. September 1949: Der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer wird zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.*
- *1952: Tod Kurt Schumachers*
  Sein Nachfolger als Partei- und als Fraktionsvorsitzender wird Erich Ollenhauer.

1949 – 1953

Erich Ollenhauer und Kurt Schumacher beim SPD-Parteitag in Hamburg · 1950

Für die SPD, deren Wahlergebnis nur knapp hinter dem der CDU/CSU liegt, kommt eine Koalition mit der KPD nicht infrage – sie entscheidet sich für die Oppositionsrolle.

Zur ersten SPD-Bundestagsfraktion, die am 31. August 1949 in Bonn zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt, gehören auch 25 frühere Mitglieder des Reichstags, unter ihnen der langjährige Reichstagspräsident Paul Löbe. Alle SPD-Abgeordneten im Reichstag hatten 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, mit dem die Diktatur der Nazis eingeleitet wurde. 24 Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion hatten ihren Widerstand gegen das Hitler-Regime mit dem Leben bezahlen müssen.

Erster Fraktionsvorsitzender wird Parteichef Kurt Schumacher, der viele Jahre im KZ gelitten hatte. Stellvertretende Vorsitzende sind Erich Ollenhauer und Carlo Schmid. Schumacher verstirbt schon 1952. Seine beiden Ämter übernimmt Erich Ollenhauer. Als glänzende Debattenredner treten insbesondere Carlo Schmid, Fritz Erler, Herbert Wehner und Adolf Arndt hervor. Schwerpunkte der Gesetzgebung in dieser ersten Legislaturperiode sind unter anderem der Lastenausgleich, die Wiedergutmachung für Verbrechen an den Juden und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Herbert Wehner
Heinz Kühn
Luise Albertz (r.)
17. Juni 1953 in Berlin

›› *6. September 1953: Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag*

›› *Die SPD wird mit 28,8 % der Stimmen wieder zweitstärkste Kraft.*

›› *Zum Fraktionsvorsitzenden wird wieder Parteichef Erich Ollenhauer gewählt.*

›› *Carlo Schmid wird erneut zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt.*

1953 – 1957

Alter Plenarsaal in Bonn · 1953

Die Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR vom 17. Juni 1953 bildet einen der Höhepunkte der kommunistischen Machtsicherung im Ostblock. Unterstützt von starken antikommunistischen Stimmungen provoziert Adenauers Politik der Westintegration und Wiederbewaffnung die Gegnerschaft der SPD. So gelang es den Sozialdemokraten bei der zweiten Bundestagswahl nicht, den Rückstand gegenüber der Union auszugleichen.

Mit den Pariser Verträgen soll der Bundesrepublik der Beitritt zur Nato und zur Westeuropäischen Union (WEU) ermöglicht werden – die SPD-Bundestagsfraktion votiert gegen diese Verträge, wird aber überstimmt.

Mit der sogenannten Paulskirchen-Bewegung formiert sich erstmals eine außerparlamentarische Initiative. Sie wird vor allem von der SPD, den Gewerkschaften und Teilen der evangelischen Kirche getragen.

Wie schon im ersten Bundestag wird das Profil der Fraktion nicht zuletzt durch führende Landes- und Kommunalpolitiker geschärft.

Willy Brandt
Willi Eichler
Erich Ollenhauer mit Hildegard Knef
Kampf dem Atomtod

›› *15. September 1957: Wahl zum dritten Deutschen Bundestag*

›› *Die SPD erringt 31,8 % der Stimmen.*

›› *Fraktionsvorsitzender wird erneut Erich Ollenhauer, sein Stellvertreter ist zeitweilig Herbert Wehner.*

›› *1959: Die SPD beschließt ihr »Godesberger Programm«.*

›› *Juli 1960: Willy Brandt wird Kanzlerkandidat der SPD.*

1957–1961

(v. l. n. r.) Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Alfred Nau, Fritz Erler, Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Willi Eichler während eines Parteitages

Nach der Wahl zum dritten Deutschen Bundestag ziehen nur noch fünf Parteien in den Bundestag ein – im ersten waren elf, im zweiten sieben Parteien vertreten. Die SPD verfügt jetzt über etwas mehr als ein Drittel der Sitze. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik können Verfassungsänderungen nicht mehr ohne ihre Zustimmung beschlossen werden. Reformer wie Carlo Schmid, Fritz Erler, Heinrich Deist, Willi Eichler und auch Herbert Wehner suchen nach Wegen, die SPD aus ihrer »ewigen Oppositionsrolle« herauszuführen.

Partei und Fraktion kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaftern, Vertretern der evangelischen Kirche und Intellektuellen in der Kampagne »Kampf dem Atomtod« gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Wehner bekennt sich 1960 zu einer gemeinsamen Außenpolitik mit der Regierung, zur Westintegration und zur NATO.

Fritz Erler
Erwin Schoettle
Egon Bahr
Willy Brandt mit John F. Kennedy

›› *August 1961: Bau der Berliner Mauer*

›› *17. September 1961: Wahl zum vierten Deutschen Bundestag*

›› *Die SPD erringt 36,2 % der Stimmen.*

›› *1963: Tod Erich Ollenhauers*

›› *1964: Willy Brandt wird SPD-Parteivorsitzender, Fritz Erler SPD-Fraktionsvorsitzender.*

1961 – 1965

Mauerbau an der Bernauer Straße · August 1961

Im vierten Deutschen Bundestag, gewählt kurz nach dem Bau der Berliner Mauer, ist die SPD zwar deutlich stärker geworden, sie kann aber einen Regierungswechsel noch nicht herbeiführen. Die Bundestagsfraktion stellt jetzt mit dem wieder gewählten Carlo Schmid und dem neu gewählten Erwin Schoettle zwei Bundestagsvizepräsidenten. Nach dem Tod Ollenhauers wird mit Fritz Erler ein Politiker an die Spitze der Fraktion gewählt, der wie seine beiden Vorgänger und wie zahllose andere Sozialdemokrat/innen in der NS-Zeit verfolgt und eingekerkert worden war.

1962 werden auf dem Kölner Parteitag der SPD Willy Brandt und Herbert Wehner zu stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Im Juli 1963 erläutern Brandt und Egon Bahr das Konzept vom »Wandel durch Annäherung«. Nach dem Tod Ollenhauers im Dezember 1963 findet ein Generationswechsel statt. Ein außerordentlicher Parteitag im Februar 1964 wählt Brandt zum Parteivorsitzenden sowie Erler und Herbert Wehner zu seinen Stellvertretern. Erler wird im März 1963 neuer Fraktionsvorsitzender.

Helmut Schmidt mit Herbert Wehner
Käte Strobel
Karl Mommer
Gustav Heinemann

- *19. September 1965: Wahl zum fünften Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erreicht 39,3 % der Stimmen.*
- *1966: Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP löst sich auf.*
- *SPD und CDU/CSU vereinbaren die Bildung einer Großen Koalition.*
- *November 1966: CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard tritt zurück.*
- *Dezember 1966: Die neue Regierung aus CDU/CSU und SPD wird vereidigt.*
  Bundeskanzler ist Kurt Georg Kiesinger (CDU), Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt.
- *Februar 1967: Tod von Fritz Erler*
  Neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion wird Helmut Schmidt.
- *5. März 1969: Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) wird zum Bundespräsidenten gewählt.*

1965 – 1969

Kabinett der Großen Koalition · 1966

Die fünfte Legislaturperiode bringt die SPD erstmals seit der Weimarer Zeit wieder an die Regierung. Der neuen Regierung aus CDU/CSU und SPD gehören für die SPD Willy Brandt als Außenminister und Vizekanzler sowie weitere sieben Minister und eine Ministerin – Käte Strobel (Gesundheit) – an. Nachfolger Carlo Schmids als Bundestagsvizepräsident wird Karl Mommer.

Um noch bestehende alliierte Kontrollrechte westlicher Besatzungsmächte für den Notstands- und Kriegsfall abzulösen, ist die Bundesrepublik verpflichtet, eigene gesetzliche Regelungen zu finden. Unter dem Einfluss der SPD und einer starken außerparlamentarischen Opposition (APO) werden die vorliegenden Pläne grundlegend geändert und treten 1968 in Kraft. Die APO lehnt auch die neu gefassten Notstandsgesetze ab.

Weltweite Beachtung findet die Wahl des neuen Bundespräsidenten im Frühjahr 1969: Mit Gustav Heinemann wird zum ersten Mal ein Sozialdemokrat Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland.

Willy Brandt in Warschau · 1970
Herbert Wehner
Abstimmung der Ostverträge

- *28. September 1969: Wahl zum sechsten Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erhält 42,7 % der Stimmen.*
- *SPD und FDP bilden eine Regierungskoalition. Hermann Schmitt-Vockenhausen und erneut Carlo Schmid werden zu Bundestagsvizepräsidenten gewählt.*
- *Oktober 1969: Willy Brandt wird zum neuen Bundeskanzler gewählt, Außenminister und Vizekanzler wird Walter Scheel (FDP). Helmut Schmidt wird Verteidigungsminister, sein Nachfolger als SPD-Fraktionsvorsitzender wird Herbert Wehner.*
- *1970: Die Gewaltverzichtsverträge mit Moskau und Warschau (Ostverträge) werden unterzeichnet.*
- *Dezember 1971: Brandt erhält den Friedensnobelpreis.*
- *April 1972: Das Misstrauensvotum gegen Brandt scheitert.*
- *Die Pattsituation im Bundestag zwingt zu Neuwahlen.*

1969–1972

Leonid Breschnew, Willy Brandt und Alexej Kossygin nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtvertrages in Moskau · 1970

Die neue sozialliberale Koalition will der Westintegration endlich auch Fortschritte im Verhältnis mit dem Osten folgen lassen und einen »Wandel durch Annäherung« herbeiführen. Die staatliche Existenz der DDR wird anerkannt, mit den Staaten des Ostblocks beginnen Verhandlungen, die zu den Gewaltverzichtsverträgen mit Moskau und Warschau führen.

Die Verdienste Willy Brandts um die Entspannung werden mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Die Ost- und Entspannungspolitik der Regierung Brandt stößt bei der Union auf Widerspruch, findet aber in der Bevölkerung breite Unterstützung.

Ein Misstrauensvotum der CDU/CSU gegen Brandt scheitert. Durch Parteiübertritte entsteht im Bundestag eine Pattsituation, die Parteien einigen sich auf vorgezogene Neuwahlen.

Durch die Ostverträge wird ein langsamer Versöhnungsprozess mit Polen in Gang gesetzt, der das nachholt, was mit Frankreich bereits erreicht worden war.

Herbert Wehner mit Willy Brandt
Annemarie Renger
Katharina Focke
Helmut Schmidt

- *19. November 1972: Wahl zum siebten Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erreicht 45,8 % der Stimmen.*
- *Annemarie Renger wird Bundestagspräsidentin.*
- *SPD-Fraktionsvorsitzender bleibt Herbert Wehner.*
- *Dezember 1972: Grundlagenvertrag mit der DDR*
- *Dezember 1973: Prager Vertrag*
- *Mai 1974: Bundeskanzler Willy Brandt tritt zurück.*
- *Brandts Nachfolger als Bundeskanzler wird Helmut Schmidt.*
- *August 1975: Bundeskanzler Schmidt unterzeichnet in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – wird auch als Vertrag von Helsinki bezeichnet.*

1972 – 1976

Mitglieder der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt beim Bundespräsidenten Gustav Heinemann · 15. Dezember 1972

Die Wahl zum siebten Deutschen Bundestag bringt der SPD den größten Wahlerfolg in der Geschichte der Bundesrepublik. Als stärkste Fraktion stellt sie auch den Bundestagspräsidenten. Annemarie Renger wird das erste SPD-Mitglied und die erste Frau in dieser Funktion. Die SPD treibt ihre Ostpolitik voran. Die Bundesrepublik und die DDR nehmen offizielle Beziehungen auf, der Prager Vertrag vom Dezember 1973 und der KSZE-Vertrag von Helsinki (1975) bringen die »neue Ostpolitik« zu einem ersten Abschluss.

Die Entlarvung des Kanzlerreferenten Günter Guillaume als Spion der DDR veranlasst Willy Brandt am 6. Mai 1974 zum Rücktritt. Am 15. Mai wird Helmut Schmidt zu seinem Nachfolger gewählt. Im selben Monat wählt die Bundesversammlung den FDP-Politiker Walter Scheel zum Bundespräsidenten.

Wie die vorige, so ist auch diese Legislaturperiode geprägt vom Kampf gegen den Terrorismus. In der Gesetzgebung setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Vorstellungen für ein neues Ehe- und Familienrecht, die Neuregelung des Paragrafen 218 sowie eine Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme durch.

Die beiden Ölpreiskrisen veranlassen Helmut Schmidt, sich intensiv um weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu kümmern. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d’Estaing ruft er die Weltwirtschaftsgipfel ins Leben.

Herbert Ehrenberg und Anke Fuchs
Hans-Jochen Vogel mit Hans-Jürgen Wischnewski
Hans-Jürgen Wischnewski
Olof Palme (l.) im Gespräch mit Elfriede Eilers und Willy Brandt

›› *3. Oktober 1976: Wahl zum achten Deutschen Bundestag*

›› *Die SPD kommt auf 42,6 % der Stimmen.*

›› *SPD-Fraktionsvorsitzender wird erneut Herbert Wehner.*

›› *Zur Bundestagsvizepräsidentin wird Annemarie Renger gewählt und Hermann Schmitt-Vockenhausen zum Bundestagsvizepräsidenten.*

›› *Die Koalition mit der FDP wird fortgesetzt.*

›› *Willy Brandt wird Präsident der Sozialistischen Internationalen.*

1976 – 1980

(v. l. n. r.) Klaus Bölling, Helmut Schmidt, Hans-Jürgen Wischnewski, Manfred Schüler bei einer Beratung im Bundeskanzleramt · 1977

Das Land wird durch Terrormorde an prominenten Persönlichkeiten erschüttert, der Staat vor eine nie da gewesene schwere Probe gestellt. Der Deutsche Bundestag reagiert unter anderem mit neuen Anti-Terror-Gesetzen.

In der Familienpolitik setzt die SPD-Bundestagsfraktion weitere Ziele um: Der Mutterschutz wird verbessert, das Kindergeld erhöht, die Einrichtung von Unterhaltsvorschusskassen wird beschlossen, das Recht der elterlichen Sorge wird neu geregelt.

Zur Anregung der Binnenkonjunktur werden erhebliche Steuerentlastungen insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen beschlossen.

Die arbeitsrechtliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern wird verbessert.

Das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wird abgeschafft.

- *5. Oktober 1980: Wahl zum neunten Bundestag*
- *Die SPD erreicht 42,9 % der Stimmen.*
- *SPD-Fraktionsvorsitzender bleibt Herbert Wehner.*
- *Zur Bundestagsvizepräsidentin wird wieder Annemarie Renger gewählt und Georg Leber zum Bundestagsvizepräsidenten.*
- *Die Regierungskoalition zwischen SPD und FDP wird zunächst fortgesetzt.*
- *September 1982: Als Reaktion auf den »Wendebrief« der FDP erklärt Bundeskanzler Helmut Schmidt die Koalition für beendet. Durch ein konstruktives Misstrauensvotum von Union und FDP wird Schmidt abgewählt. Neuer Bundeskanzler wird Helmut Kohl (CDU).*

Hans-Jochen Vogel, Willy Brandt, Herbert Wehner (v. l.)
Antje Huber
Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher
Helmut Schmidt
Herbert Wehner

1980 – 1983

Regierungserklärung von Helmut Schmidt · 1980

Geprägt wird die neunte Legislaturperiode unter anderem durch die Auseinandersetzung über den innerhalb der SPD umstrittenen Nato-Doppelbeschluss (Dezember 1979), mit dem Helmut Schmidt den Rüstungsvorsprung der Sowjetunion im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen beseitigen will. Der 1983 neu gewählte Bundestag erteilt im November des gleichen Jahres mit den Stimmen der neuen Regierungskoalition aus Union und FDP seine Zustimmung zur Nachrüstung.

Aufgrund von Streitigkeiten über Sozialkürzungen (»Wendebrief« Graf Lambsdorffs) wechselt die FDP auf die Seite der CDU/CSU. Einige bekannte FDP-Politikerinnen und -Politiker wie Ingrid Matthäus-Maier, Günter Verheugen und Andreas von Schoeler schließen sich der SPD an. Mit der Abwahl des SPD-Bundeskanzlers geht die sehr erfolgreiche sozialliberale Ära zu Ende.

Hans-Jochen Vogel
Anke Fuchs
Heinz Westphal
Herta Däubler-Gmelin

›› *6. März 1983: Wahl zum zehnten Deutschen Bundestag*

›› *Die SPD kommt auf 38,2 % der Stimmen. Sie muss jetzt erneut die Oppositionsrolle übernehmen.*

›› *Neuer Fraktionsvorsitzender wird Hans-Jochen Vogel.*

›› *Zur Bundestagsvizepräsidentin wird Annemarie Renger gewählt und Heinz Westphal zum Bundestagsvizepräsidenten.*

›› *8. Mai 1985: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine im In- und Ausland viel beachtete Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.*

1983 – 1987

Ehemaliges Wasserwerk als Ausweichquartier des Plenarsaals · 1986

Auch in der Rolle der Opposition sieht sich die SPD unverändert ihrem eigenen Anspruch und dem Wählerauftrag verpflichtet, soziale Gerechtigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durchzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet umfangreiche Initiativen, unter anderem Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Jugendarbeitslosigkeit und der Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt (Programm »Arbeit und Umwelt«, 1984). Auch fordert sie eine Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten und die langfristige Sicherung der Altersrenten. Drei Gesetzesinitiativen gelten dem Ausbau der Mitbestimmung. Mit einer Normenkontrollklage unterstützt die Fraktion die Gewerkschaften im Kampf gegen die kalte Aussperrung.

In Fortentwicklung ihrer Außenpolitik entwirft die SPD Pläne für eine »Sicherheitspartnerschaft« mit dem Osten (Reduktion der Rüstungskosten, chemiewaffenfreie Zone, Verstärkung vertrauensbildender Maßnahmen, Teststoppabkommen), die nach dem Machtantritt von Michail Gorbatschow im Ostblock auf großes Interesse stoßen.

- *25. Januar 1987: Wahl zum elften Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erreicht 37 % der Stimmen.*
- *März 1987: Willy Brandt tritt als Parteivorsitzender zurück, sein Nachfolger wird Hans-Jochen Vogel, der Ende Januar erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden ist.*
- *Erneut wird Annemarie Renger zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt und Heinz Westphal zum Bundestagsvizepräsidenten.*
- *November 1989: Fall der Berliner Mauer*
- *19. Januar 1990: Tod des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner*
- *März 1990: erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR. Die SPD erhält dort 21,9 % der Stimmen.*
- *August 1990: Wiederherstellung der Einheit der SPD*
- *Oktober 1990: Vereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR*

Hans-Jochen Vogel (r.) begrüßt Michail Gorbatschow
Willy Brandt, Walter Momper (r.) · 10. November 1989
Ingrid Matthäus-Maier
Regine Hildebrandt
Wolfgang Thierse

1987–1990

Öffnung der Mauer am Potsdamer Platz · 12. November 1989

Diese Legislaturperiode steht ganz im Zeichen der Massendemonstrationen in der DDR, des Mauerfalls und schließlich der Wiedervereinigung – korrekter: des Beitritts der DDR zum Gebiet der Bundesrepublik. Am 20. September 1990 stimmen sowohl die – im März erstmals frei gewählte – Volkskammer als auch der Deutsche Bundestag dem Einigungsvertrag zu, am 3. Oktober wird die Wiedervereinigung vollzogen. Am 2. Dezember werden gesamtdeutsche Bundestagswahlen abgehalten. In diesen Ereignissen, die weltweit mit großer Anteilnahme und Sympathie verfolgt werden, findet die Entspannungspolitik Willy Brandts ihre Vollendung: »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.«

Auf Vorschlag von Hans-Jochen Vogel führt die Fraktion die Frauenquote ein, nach der bis 1998 der Anteil der Frauen in den Führungsgremien der Fraktion auf 40 Prozent steigen soll.

Hans-Ulrich Klose
Renate Schmidt
Helmuth Becker
Rudolf Dreßler

- *2. Dezember 1990: Wahl zum zwölften Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erreicht 33,5 % der Stimmen.*
- *29. Mai 1991: Björn Engholm wird zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.*
- *Fraktionsvorsitzender bleibt bis 1991 Hans-Jochen Vogel, sein Nachfolger in diesem Amt wird Hans-Ulrich Klose.*
- *Bundestagsvizepräsidentin wird Renate Schmidt und Helmuth Becker Bundestagsvizepräsident.*
- *8. Oktober 1992: Tod Willy Brandts*
- *Mai 1993: Engholm erklärt seinen Rücktritt vom Parteivorsitz, kommissarischer Vorsitzender wird Johannes Rau.*
- *Ende Juni 1993: Ein außerordentlicher Parteitag wählt Rudolf Scharping zum neuen Parteichef.*

1990 – 1994

Der Bundestag berät über einen Gesetzentwurf zum Maastricht-Vertrag · Oktober 1992

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht in der schnellen wirtschaftlichen Integration der neuen Länder und damit in der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West ein zentrales politisches Ziel. Außenpolitisch setzt die Fraktion starke Akzente beim Thema Abrüstung. Ihre Forderung nach Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik wird durchgesetzt. Außerdem werden Teile der konventionellen Waffen in Ost und West vernichtet.

Am 20. Juni 1991 beschließt der Bundestag mit der knappen Mehrheit von 337 zu 320 Stimmen, den Sitz des Deutschen Bundestages nach Berlin zu verlegen.

Am 1. November 1993 tritt der Vertrag von Maastricht in Kraft – die Europäische Gemeinschaft wird zur Europäischen Union.

Durch Klagen beim Bundesverfassungsgericht führt die SPD-Bundestagsfraktion eine rechtliche Klarstellung für Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebiets herbei: Out-of-Area-Einsätze sind möglich, wenn sie der Friedenssicherung dienen und der Bundestag zuvor zugestimmt hat.

Rudolf Scharping
Günter Verheugen
Ingrid Matthäus-Maier
Otto Schily

›› *16. Oktober 1994: Wahl zum 13. Deutschen Bundestag*

›› *Die SPD steigert sich auf 36,4 % der Stimmen und muss sich nur knapp der Koalition aus CDU/CSU und FDP geschlagen geben.*

›› *Neuer Fraktionschef wird Rudolf Scharping.*

›› *Bundestagsvizepräsident wird Hans-Ulrich Klose.*

›› *November 1995: Rudolf Scharping wird von Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender abgelöst.*

1994 – 1998

(v. l. n. r.) Rudolf Dreßler, Ingrid Matthäus-Maier, Rudolf Scharping, Peter Struck, Uwe Küster bei einer Fraktionssitzung in Bonn

Im März 1994 wird der Beschluss vom 20. Juni 1991 zur Verlagerung des Parlaments und der Regierung nach Berlin durch ein Gesetz umgesetzt. Dabei wird eine faire Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn geregelt.

Mit dem Postneuordnungsgesetz wird die Privatisierung der Deutschen Bundespost eingeleitet.

Wichtige Änderungen des Grundgesetzes werden beschlossen. So finden mit der Verpflichtung des Staates zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, dem Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderung und der Aufnahme des Staatsziels Umweltschutz sozialdemokratische Ziele Aufnahme in die Verfassung.

Im Frühjahr 1995 tritt das Schengener Abkommen in Kraft, mit dem in den EU-Staaten – ausgenommen Großbritannien und Irland – die Personenkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft werden. Im November 1995 stimmt der Bundestag mit großer Mehrheit und Stimmen aus allen Fraktionen dem Vorschlag der Bundesregierung zu, die Bundeswehr an einer NATO-Friedenstruppe für Bosnien-Herzegowina zu beteiligen.

Gerhard Schröder
Ludwig Stiegler und Peter Struck
Johannes Rau
Anke Fuchs
Wolfgang Thierse

- *27. September 1998: Wahl zum 14. Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erringt mit 40,9 % der Stimmen einen eindrucksvollen Wahlsieg.*
- *SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden eine Regierungskoalition.*
- *27. Oktober 1998: Gerhard Schröder wird zum Bundeskanzler gewählt.*
- *Neuer SPD-Fraktionsvorsitzender wird Peter Struck, ab Juli 2002 für den Rest der Legislaturperiode Ludwig Stiegler.*
- *Neuer Präsident des Deutschen Bundestages wird Wolfgang Thierse, Anke Fuchs wird zur Vizepräsidentin gewählt.*
- *März 1999: Oskar Lafontaine tritt als Bundesfinanzminister und als Parteivorsitzender zurück, im April wird Gerhard Schröder zu seinem Nachfolger als Parteichef gewählt.*
- *23. Mai 1999: Mit Johannes Rau wird wieder eine Persönlichkeit aus den Reihen der SPD zum Bundespräsidenten gewählt.*

1998 – 2002

Außenminister Joschka Fischer, Bundeskanzler Gerhard Schröder und SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck im Plenarsaal des Bundestages · 16. November 2001

Wichtige Teile der von SPD und Grünen angekündigten Maßnahmen werden umgehend verwirklicht: Erhöhung des Kindergeldes, Umsetzung von Teilen der Steuerreform, Wiederherstellung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kündigungsschutzes auch in kleinen Betrieben. Die Mittel für Bildung und Forschung werden erhöht. Der Atomenergie-Ausstieg, die Ökosteuer und die Förderung erneuerbarer Energien sind wichtige Modernisierungsschritte. Mit den Ökosteuereinnahmen werden die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt.

Die rot-grüne Koalition erzielt erste Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Beträgt die Zahl der Arbeitslosen 1998 noch 4,28 Millionen, kann sie bis 2001 auf 3,85 Millionen gesenkt werden. Erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der anschließenden Weltwirtschaftskrise steigt die Arbeitslosigkeit 2002 wieder auf 4,06 Millionen an.

Die Zwangsarbeiterentschädigung wird endlich geregelt. Ein neues Staatsangehörigkeitsrecht fördert die Integration. Lebenspartnerschaften erhalten mehr Rechte. Nach dem 11. September 2001 setzt Bundeskanzler Gerhard Schröder die Bereitstellung von 3 900 Bundeswehrsoldaten für den Antiterrorkampf durch. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss weist unter anderem nach, dass der ehemalige CDU-Bundeskanzler Kohl über 20 Millionen D-Mark vereinnahmt hat, die nicht im Rechenschaftsbericht der CDU ausgewiesen sind.

Im September 2002 werden Eckpunkte zur Umsetzung des Hartz-Konzepts im Bundestag beschlossen. Am 1. Januar 2002 wird der Euro alleiniges Zahlungsmittel.

Susanne Kastner
Renate Schmidt
Joachim Poß
Ulla Schmidt
Franz Müntefering

- *22. September 2002: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag*
- *Die SPD kommt auf 38,5 % der Stimmen und kann wieder eine Regierungskoalition mit den Grünen bilden.*
- *22. Oktober 2002: Bundeskanzler wird zum zweiten Mal Gerhard Schröder.*
- *Neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion wird Franz Müntefering.*
- *Bundestagspräsident wird erneut Wolfgang Thierse, Susanne Kastner wird zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt.*
- *März 2003: Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zur Agenda 2010*
- *März 2004: Schröder gibt den Parteivorsitz auf. Das Amt übernimmt Franz Müntefering zusätzlich zum Fraktionsvorsitz.*
- *Juli 2005: Bundeskanzler Schröder scheitert im Bundestag mit einer Vertrauensfrage. Bundespräsident Horst Köhler löst den Bundestag auf und ordnet Neuwahlen für den 18. September 2005 an.*

2002 – 2005

(v. l. n. r.) Gerhard Schröder, SPD-Generalsekretär Klaus Uwe Benneter, Fraktions- und Parteichef Franz Müntefering · 14. März 2005

Vor allem ein Thema beherrscht die Legislaturperiode: die mutige Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme – die Agenda 2010. Ziel der Regierung Schröder ist es, die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Sozialsysteme auch für künftige Generationen zu sichern. Die dazugehörigen vier Hartz-Gesetzespakete treten im März 2003 in Kraft. Durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen werden viele Arbeitslose schneller in den Arbeitsprozess zurückgebracht. Das Jahr 2004 bringt wichtige Reformen, so unter anderem die Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Juni 2004 wird ein Ausbildungspakt zwischen Regierung und Wirtschaft geschlossen.

Mit der Gesundheitsreform wird das hohe Niveau der gesundheitlichen Versorgung gesichert und die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert. Die Ganztagsschulen werden ausgebaut, ein Gesetz für die frühkindliche Bildung wird auf den Weg gebracht. Weitere erfolgreiche gesetzliche Initiativen sind unter anderem die steuerliche Entlastung für Alleinerziehende, die Opferrechtsreform, der verbesserte Schutz der Privatsphäre bei Lauschaktionen sowie Gesetze zum Emissionshandel, zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Gentechnik.

Die Steuerreform 2000 wird zum Abschluss gebracht. Damit hat die rot-grüne Koalition das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik in Höhe von fast 60 Milliarden Euro umgesetzt.

Peter Struck mit Günter Grass
Frank-Walter Steinmeier
Elke Ferner
Olaf Scholz
Thomas Oppermann

- *18. September 2005: vorgezogene Wahl zum 16. Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erhält 34,2 % der Stimen, CDU/CSU 35,2 % der Stimmen. Es kommt zum zweiten Mal zur Bildung einer Großen Koalition.*
- *15. November 2005: Matthias Platzeck wird neuer Vorsitzender der SPD.*
- *21. November 2005: Peter Struck wird erneut zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.*
- *22. November 2005: Angela Merkel (CDU) wird zur Bundeskanzlerin gewählt. Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering wird Vizekanzler. Ihm folgt im November 2007 Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Neuer Arbeits- und Sozialminister wird Olaf Scholz.*
- *27. Januar 2006: Johannes Rau, Bundespräsident von 1999 bis 2004, stirbt im Alter von 76 Jahren.*
- *April 2006: Matthias Platzeck tritt aus gesundheitlichen Gründen vom Parteivorsitz zurück. Kurt Beck wird im Mai 2006 zu seinem Nachfolger gewählt. Ihm folgt Franz Müntefering im Oktober 2008.*
- *Oktober 2007: Auf dem Hamburger Parteitag gibt sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm.*

2005 – 2009

Finanzminister Peer Steinbrück und Bundesbankpräsident Axel Weber beim Treffen der Euro-Finanzminister anlässlich der Finanzkrise · 4. April 2008

Im Koalitionsvertrag kann die SPD gegen teils heftigen Widerstand von CDU und CSU wichtige Punkte durchsetzen. So werden Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz bewahrt. Das Unternehmensteuerrecht wird zu einem international wettbewerbsfähigen Steuersystem weiterentwickelt. Der Steuersatz für Spitzenverdiener wird erhöht. Der SPD gelingt es entgegen den Wünschen von CDU und CSU, die Gewerbesteuer weiterzuentwickeln und damit die Finanzkraft der Kommunen zu stärken.

Mit dem Programm »Innovation, Wachstum und Beschäftigung« werden bis zum Jahr 2009 25 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen, Energieeinsparungen, Förderung von Mittelstand und Handwerk sowie zur Förderung von Familien bereitgestellt. Wesentliche Schritte zur Stärkung von Mindestlöhnen werden umgesetzt. Bildung, Ausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind weitere Schwerpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik in der Großen Koalition. So wird das Elterngeld eingeführt, das BAföG erhöht und es werden Kita-Plätze ausgebaut.

Die Reformen der rot-grünen Koalition beginnen zu wirken: Die Arbeitslosenquote liegt im Mai 2008 erstmals seit 16 Jahren wieder unter 8 Prozent.

Besonders mit Aufkommen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 gibt die SPD mit Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, Finanzminister Peer Steinbrück und Arbeitsminister Olaf Scholz die Richtung vor. Die SPD-Bundestagsfraktion bringt dazu zwei Konjunkturpakete im Umfang von insgesamt 80 Milliarden Euro und die Ausweitung der Kurzarbeit auf den Weg.

Frank-Walter Steinmeier
Iris Gleicke
Hubertus Heil
Caren Marks
Ulrich Kelber

- *27. September 2009: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erhält 23 % der Stimmen und geht in die Opposition. Deutschland wird wieder von Union und FDP regiert.*
- *29. September 2009: Der frühere Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird zum SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt.*
- *Bundestagsvizepräsident wird erneut Wolfgang Thierse.*
- *5. Oktober 2009: Sigmar Gabriel wird zum Parteivorsitzenden gewählt.*
- *November 2011: Die Verbrechen der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU werden bekannt. Ein Untersuchungsausschuss deckt Ermittlungsfehler und -versäumnisse der Sicherheitsbehörden auf.*
- *17. Februar 2012: Christian Wulff tritt als Bundespräsident zurück. Der ursprüngliche Kandidat von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Joachim Gauck, wird zum Bundespräsidenten gewählt.*
- *19. Dezember 2012: Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende und Verteidigungsminister a. D. Peter Struck stirbt im Alter von 69 Jahren.*

2009 – 2013

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier auf dem Zukunftskongress der Fraktion · September 2012

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt mit Frank-Walter Steinmeier den Oppositionsführer. Zu kritisieren gibt es eine Menge: Noch nie ist eine Regierung so von Klientelpolitik geprägt wie die schwarz-gelbe in dieser Wahlperiode.

Die Fraktion erarbeitet in ihrem »Projekt Zukunft – Deutschland 2020« Modernisierungskonzepte zu den Schwerpunkten Arbeit, Kreativwirtschaft, Infrastruktur, Steuern und Finanzen, Ganztagsschule und Bildung, Integration, Gleichstellung und demografischer Wandel. Die Ideen werden in vielen Veranstaltungen mit Fachleuten und Öffentlichkeit diskutiert.

Als die Finanzkrise zur Eurokrise führt und Länder wie Griechenland, Irland und Portugal auf finanzielle Hilfen angewiesen sind, gibt die SPD-Fraktion aus der Opposition heraus wichtige Impulse für eine nachhaltige europäische Finanz- und Wachstumspolitik. Deutschland kommt vergleichsweise gut durch die Krise – nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb. Die Reformpolitik und das Krisenmanagement der Vorgängerregierungen zahlen sich jetzt aus.

Die schwarz-gelbe Regierung bremst mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke im Jahr 2010 die von Rot-Grün eingeleitete Energiewende aus. Erst durch den öffentlichen Druck nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima lenken Union und FDP ein. Im Juni 2011 beschließt der Deutsche Bundestag erneut den Ausstieg aus der Atomenergie.

Christine Lambrecht
und Thomas Oppermann
Edelgard Bulmahn
Ulla Schmidt
Ute Vogt
Sigmar Gabriel

- *23. September 2013: Wahl zum 18. Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erreicht 25,7 % der Stimmen und die Union 41,5 %.*
- *Mit Ulla Schmidt und Edelgard Bulmahn stellt die SPD-Bundestagsfraktion zwei Bundestagsvizepräsidentinnen.*
- *SPD und Union handeln einen Koalitionsvertrag aus, dem 76 % der SPD-Parteimitglieder zustimmen.*
- *16. Dezember 2013: Der Vertrag wird unterzeichnet. Zum dritten Mal regiert eine Große Koalition.*
- *16. Dezember 2013: Die SPD-Bundestagsfraktion wählt Thomas Oppermann zu ihrem Vorsitzenden und mit Christine Lambrecht zum ersten Mal eine Frau zur Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin.*
- *17. Dezember 2013: Angela Merkel (CDU) wird erneut zur Kanzlerin gewählt. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel wird Vizekanzler.*
- *29. Januar 2017: Martin Schulz wird SPD-Kanzlerkandidat und im März 2017 SPD-Vorsitzender.*
- *12. Februar 2017: Mit dem bisherigen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wird zum dritten Mal ein Sozialdemokrat zum Bundespräsidenten gewählt.*

2013 – 2017

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann erklärt die Einigung der Koalitionsfraktionen zum Mindestlohn · Juli 2014

Vier Jahre lang ist die SPD-Bundestagsfraktion der Motor für gesellschaftlichen Fortschritt und mehr soziale Gerechtigkeit in der Großen Koalition. Es zahlt sich aus, dass die SPD mit klaren Konzepten in die Koalitionsverhandlungen gegangen ist. So gelingt mit der Durchsetzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ein historischer Durchbruch. Darüber hinaus setzt sich die SPD-Fraktion erfolgreich für Verbesserungen bei der Rente ein, erhöht das BAföG, sorgt für mehr Kita- und Studienplätze sowie für eine bessere Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden. Mit der Frauenquote in Aufsichtsräten und einem Gesetz zur Lohngleichheit von Frauen und Männern gelingen wichtige Fortschritte für die Gleichstellung. Die SPD-Fraktion setzt durch, dass Milliarden in die Kommunen und den sozialen Wohnungsbau, in Verkehrswege, Klimaschutz und gute Bildung investiert werden. Die Sicherheitsbehörden werden gestärkt und der Schutz vor Terrorismus verbessert. Bund und Länder regeln ihre Finanzbeziehungen neu. Wichtiger Erfolg für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Mit einer Grundgesetzänderung wird das sogenannte Kooperationsverbot bei der Bildung aufgebrochen. Damit kann der Bund direkt die Modernisierung von Schulen in finanzschwachen Kommunen fördern. Kurz vor dem Ende der Wahlperiode erreicht die SPD-Fraktion, dass homosexuelle Paare endlich die Ehe eingehen können.

Die Tagesordnung im Parlament ist geprägt durch internationale Krisen und Migrationsbewegungen. Die SPD-Fraktion sorgt für Ordnung bei der Zuwanderung. Der Bund unterstützt die Länder bei der Versorgung der Flüchtlinge und investiert in die Bekämpfung von Fluchtursachen. Ein neues Gesetz schafft klare Regeln für die Integration.

Andrea Nahles
Carsten Schneider
Rolf Mützenich

- *24. September 2017: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag*
- *Die SPD erhält 20,5 % der Stimmen. Aufgrund dieses Wahlergebnisses entscheidet die SPD-Bundestagsfraktion, sich neu aufzustellen.*
- *27. September 2017: Die SPD-Bundestagsfraktion wählt die bisherige Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, zu ihrer Vorsitzenden. Zum ersten Mal übernimmt damit eine Frau das höchste Amt in der SPD-Fraktion. Mit Carsten Schneider wählt die Fraktion erstmals einen Ostdeutschen zu ihrem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer.*
- *Thomas Oppermann wird zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt.*
- *04. Juni 2019: Andrea Nahles tritt als SPD-Fraktionschefin zurück. Auf Bitte der SPD-Bundestagsfraktion übernimmt der Kölner Abgeordnete Dr. Rolf Mützenich kommissarisch den Fraktionsvorsitz. Mützenich war bis dahin stellvertretender Fraktionschef für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung, Menschenrechte und Wirtschaftliche Zusammenarbeit.*
- *24. September 2019: Dr. Rolf Mützenich wird mit 97,7 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.*

SEIT 2017

Die SPD-Abgeordneten treffen sich in Sitzungswochen immer dienstags zur gemeinsamen Fraktionssitzung.

Der neu gewählte Bundestag besteht aus sechs Fraktionen; das sind zwei Fraktionen mehr als in der letzten Wahlperiode.

Nachdem Sondierungsgespräche zwischen Union, Grünen und FDP („Jamaika“) scheitern, beschließt die SPD, Koalitionsgespräche mit der CDU/CSU aufzunehmen. Mit 66,02 Prozent stimmt eine Mehrheit der SPD-Mitglieder für den Koalitionsvertrag. Am 14. März 2018 wird Angela Merkel (CDU) zum vierten Mal vom Deutschen Bundestag zur Bundeskanzlerin gewählt. Vizekanzler und Bundesfinanzminister wird Olaf Scholz (SPD).
Auf Druck der SPD-Fraktion werden in zügiger Abfolge wichtige sozialdemokratische Gesetzesvorhaben vom Parlament beschlossen: Zu den Meilensteinen gehören stärkere Mieterrechte, das Gute-Kita-Gesetz und das Starke-Familien-Gesetz. Mit diesen beiden Gesetzen werden insbesondere Familien mit Kindern gestärkt, die über wenig Einkommen verfügen. Bei den Krankenkassenbeiträgen gilt wieder Halbe/halbe, mit einem Digitalpakt Schule wird die Ausstattung der Schulen verbessert. Für Azubis kommt eine Mindestvergütung, und erstmals in der Geschichte bekommt Deutschland ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz.
Die Koalition stabilisiert außerdem das Rentenniveau und sorgt für mehr Sicherheit im Alter. Der Solidaritätszuschlag wird für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und -zahler abgeschafft. Im Januar 2019 tritt zudem die größte Pflegereform seit zehn Jahren in Kraft. Außerdem verständigt sich die Koalition auf die Einführung einer Grundrente. Einen Schwerpunkt legt die Koalition auf den Schutz des Klimas.

GESCHÄFTSFÜHRENDE VORSTÄNDE SEIT 1949

Dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand (GfV) gehören die oder der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen an. Er führt die Geschäfte der Fraktion, plant deren Arbeit, bereitet die Gremiensitzungen inhaltlich vor und gibt Empfehlungen für die Entscheidungen der Fraktion.

1. WAHLPERIODE (AB 7.9.1949)

Vorsitzende
- Kurt Schumacher (bis 20.8.1952)
- Erich Ollenhauer (ab 7.10.1952)

Stellvertretende Vorsitzende
- Erich Ollenhauer (bis 7.10.1952)
- Carlo Schmid
- Erwin Schoettle (ab 13.3.1951)

Parlamentarische Geschäftsführer
- Wilhelm Mellies (polit. Sekretär bis 7.10.1952)
- Walter Menzel (polit. Sekretär ab 7.10.1952)
- Adolf Arndt (jurist. Sekretär)

Bundestagsvizepräsident*
- Carlo Schmid

2. WAHLPERIODE (AB 6.10.1953)

Vorsitzender
- Erich Ollenhauer

Stellvertretende Vorsitzende
- Wilhelm Mellies
- Erwin Schoettle

Parlamentarische Geschäftsführer
- Walter Menzel
- Adolf Arndt (juristischer Geschäftsführer)

Bundestagsvizepräsident*
- Carlo Schmid

3. WAHLPERIODE (AB 15.10.1957)

Vorsitzender
- Erich Ollenhauer

Stellvertretende Vorsitzende
- Fritz Erler
- Carlo Schmid
- Herbert Wehner (bis 18.6.1958)
- Heinrich Deist (ab 4.11.1958)

Parlamentarische Geschäftsführer
- Adolf Arndt
- Walter Menzel
- Karl Mommer

Bundestagsvizepräsident*
- Carlo Schmid

4. WAHLPERIODE (AB 17.10.1961)

Vorsitzende
- Erich Ollenhauer (bis 14.12.1963)
- Fritz Erler (ab 3.3.1964)

Stellvertretende Vorsitzende
- Heinrich Deist (bis 7.3.1964)
- Alex Möller (ab 16.4.1964)
- Fritz Erler (bis 3.3.1964)
- Erwin Schoettle (ab 3.3.1964)
- Carlo Schmid
- Herbert Wehner (ab 3.3 1964)

Parlamentarische Geschäftsführer
- Gerhard Jahn (bis 12.3.1963)
- Karl Mommer
- Friedrich Schäfer

Bundestagsvizepräsidenten
- Carlo Schmid
- Erwin Schoettle

* *Bundestags(vize)präsidenten aus der SPD-Fraktion sind erst ab der 5. Wahlperiode kraft Amtes beratende Mitglieder des Fraktionsvorstandes.*

5. WAHLPERIODE (AB 19.10.1965)

Vorsitzende
- Fritz Erler (bis 22.2.1967)
- Helmut Schmidt (ab 14.3.1967)

Stellvertretende Vorsitzende
- Alex Möller
- Karl Schiller (bis 1.12.1966)
- Egon Franke (ab 13.12.1966)
- Helmut Schmidt (bis 14.3.1967)
- Herbert Wehner (bis 1.12.1966)
- Martin Hirsch (ab 13.12.1966)
- Ernst Schellenberg (ab 13.12.1966)

Parlamentarische Geschäftsführer
- Gerhard Jahn (bis 27.4.1967)
- Manfred Schulte (ab 27.4.1967)
- Karl Mommer (bis 14.12.1966)
- Heinz Frehsee (ab 24.1.1967)
- Friedrich Schäfer (bis 14.2.1967)
- Karl Wienand (ab 7.3.1967)

Bundestagsvizepräsidenten
- Carlo Schmid (bis 1.12.1966)
- Karl Mommer (ab 14.12.1966)
- Erwin Schoettle

6. WAHLPERIODE (AB 20.10.1969)

Vorsitzender
- Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende
- Hans Apel
- Martin Hirsch (bis 8.11.1971)
- Alex Möller (ab 13.6.1972)
- Hans-Jürgen Junghans (bis 13.6.1972)
- Konrad Porzner (ab 13.6.1972)
- Friedrich Schäfer
- Ernst Schellenberg

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Heinz Frehsee
- Annemarie Renger
- Manfred Schulte
- Karl Wienand

Bundestagsvizepräsidenten
- Carlo Schmid
- Hermann Schmitt-Vockenhausen

7. WAHLPERIODE (AB 13.12.1972)

Vorsitzender
- Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende
- Klaus-Dieter Arndt (bis 29.1.1974)
- Herbert Ehrenberg (ab 21.3.1974)
- Günther Metzger
- Alex Möller
- Friedrich Schäfer
- Ernst Schellenberg (bis 11.6.1975)
- Adolf Schmidt (ab 11.6.1975)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Helmut Lenders
- Manfred Schulte (bis 18.12.1974)
- Gerhard Jahn (ab 18.12.1974)
- Helga Timm
- Karl Wienand (bis 30.8.1974)
- Konrad Porzner (ab 18.12.1974)

Bundestags(vize)präsident/in
- Annemarie Renger (Bundestagspräsidentin)
- Hermann Schmitt-Vockenhausen (Bundestagsvizepräsident)

8. WAHLPERIODE (AB 14.12.1976)

Vorsitzender
- Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende
- Bruno Friedrich (bis 30.9.1979)
- Helmut Rohde (ab 30.9.1979)
- Karl Liedtke
- Friedrich Schäfer
- Adolf Schmidt (bis 15.12.1977)
- Walter Arendt (ab 15.12.1977)
- Olaf Sund (bis 17.5.1977)
- Horst Ehmke (ab 27.5.1977)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Helmuth Becker
- Gerhard Jahn
- Konrad Porzner
- Helga Timm
- Elfriede Eilers (ab 15.12.1977)

Bundestagsvizepräsident/in
- Annemarie Renger
- Hermann Schmitt-Vockenhausen (bis 2.8.1979)
- Georg Leber (ab 12.9.1979)

9. WAHLPERIODE (AB 4.11.1980)

Vorsitzender
- Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende
- Horst Ehmke
- Karl Liedtke
- Marie Schlei (bis 3.11.1981)
- Lothar Löffler (ab 12.11.1981)
- Helmut Rohde
- Hans-Jürgen Wischnewski (bis 12.11.1981)
- Wolfgang Roth (ab 12.11.1981)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Carl Ewen
- Gerhard Jahn
- Konrad Porzner (bis 28.1.1981)
- Jürgen Linde (ab 29.1.1981)
- Helga Timm
- Werner Zeitler

Bundestagsvizepräsident/in
- Annemarie Renger
- Georg Leber

10. WAHLPERIODE (AB 29.3.1983)

Vorsitzender
- Hans-Jochen Vogel

Stellvertretende Vorsitzende
- Hans Apel
- Herta Däubler-Gmelin
- Horst Ehmke
- Alfred Emmerlich
- Anke Fuchs
- Volker Hauff
- Wolfgang Roth
- Jürgen Schmude (bis 21.5.1985)
- Willfried Penner (ab 20.6.1985)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Helmuth Becker
- Carl Ewen
- Gerhard Jahn
- Konrad Porzner
- Helga Timm

Bundestagsvizepräsident/in
- Annemarie Renger
- Heinz Westphal

11. WAHLPERIODE (AB 18.2.1987)

Vorsitzender
- Hans-Jochen Vogel

Stellvertretende Vorsitzende
- Hans Apel (bis 5.9.1988)
- Ingrid Matthäus-Maier (ab 27.9.1988)
- Herta Däubler-Gmelin
- Horst Ehmke
- Anke Fuchs (bis 23.6.1987)
- Rudolf Dreßler (ab 23.6.1987)
- Volker Hauff (bis 4.3.1988)
- Harald B. Schäfer (ab 3.5.1988)
- Willfried Penner
- Wolfgang Roth
- Renate Schmidt
- Wolfgang Thierse (ab 4.10.1990)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Helmuth Becker
- Gerhard Jahn
- Brigitte Traupe (ab 1989: Brigitte Schulte)
- Gudrun Weyel
- Christian Friedrich Schultze (ab 4.10.1990)

Bundestagsvizepräsident/in
- Annemarie Renger
- Heinz Westphal

12. WAHLPERIODE (AB 20.12.1990)

Vorsitzende
- Hans-Jochen Vogel (bis 12.11.1991)
- Hans-Ulrich Klose (ab 12.11.1991)

Stellvertretende Vorsitzende
- Ingrid Becker-Inglau (bis 10.12.1991)
- Herta Däubler-Gmelin (bis 11.5.1993)
- Rudolf Dreßler
- Anke Fuchs (ab 11.5.1993)
- Norbert Gansel (bis 10.12.1991)
- Ingrid Matthäus-Maier
- Willfried Penner (bis 10.12.1991)
- Wolfgang Roth (bis 10.12.1991)
- Harald B. Schäfer (bis 10.12.1991)
- Wolfgang Thierse

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Peter Struck
- Gerlinde Hämmerle (bis 31.7.1994)
- Uwe Küster
- Franz Müntefering (bis 8.12.1992)
- Günter Verheugen (ab 2.3.1993 bis 15.8.1993)
- Gudrun Weyel

Bundestagsvizepräsident/in
- Helmuth Becker
- Renate Schmidt

13. WAHLPERIODE (AB 10.11.1994)

Vorsitzender
- Rudolf Scharping

Stellvertretende Vorsitzende
- Rudolf Dreßler
- Anke Fuchs
- Ingrid Matthäus-Maier
- Otto Schily
- Wolfgang Thierse
- Günter Verheugen (bis 18.3.1997)
- Ottmar Schreiner (ab 18.3.1997)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Peter Struck
- Wolf-Michael Catenhusen
- Katrin Fuchs
- Uwe Küster
- Wilhelm Schmidt

Bundestagsvizepräsident
- Hans-Ulrich Klose

14. WAHLPERIODE (AB 26.10.1998)

Vorsitzende
- Peter Struck (bis 19.7.2002)
- Ludwig Stiegler (ab 25.7.2002 bis 24.9.2002)

Stellvertretende Vorsitzende
- Gernot Erler
- Iris Gleicke
- Sabine Kaspereit
- Michael Müller
- Ludwig Stiegler (bis 24.7.2002)
- Ingrid Matthäus-Maier (bis 3.5.1999)
- Joachim Poß (ab 3.5.1999)
- Ernst Schwanhold (bis 14.3.2000)
- Norbert Wieczorek (ab 14.3.2000)
- Rudolf Dreßler (bis 11.9.2000)
- Gudrun Schaich-Walch (ab 11.9.2000 bis 23.1.2001)
- Hildegard Wester (ab 23.1.2001)
- Ulla Schmidt (bis 12.1.2002)
- Franz Thönnes (ab 23.1.2002)

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Wilhelm Schmidt
- Angelica Schwall-Düren
- Ilse Janz
- Susanne Kastner
- Uwe Küster

Bundestags(vize)präsident/in
- Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident)
- Anke Fuchs (Bundestagsvizepräsidentin)

15. WAHLPERIODE (AB 17.10.2002)

Vorsitzender
- Franz Müntefering

Stellvertretende Vorsitzende
- Gernot Erler
- Hans-Joachim Hacker
- Nicolette Kressl
- Michael Müller
- Joachim Poß
- Gudrun Schaich-Walch
- Angelica Schwall-Düren
- Ludwig Stiegler

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Wilhelm Schmidt
- Nina Hauer (bis 22.11.2004)
- Petra Ernstberger (ab 23.11.2004)
- Ute Kumpf
- Uwe Küster

Bundestags(vize)präsident/in
- Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident)
- Susanne Kastner (Bundestagsvizepräsidentin)

Justiziar
- Hermann Bachmaier (ab 4.11.2002)

16. WAHLPERIODE (AB 18.10.2005)

Vorsitzende
- Franz Müntefering (bis 21.11.2005)
- Peter Struck (ab 21.11.2005)

Stellvertretende Vorsitzende
- Elke Ferner
- Stephan Hilsberg (bis 20.3.2007)
- Klaas Hübner (ab 20.3.2007)
- Ulrich Kelber
- Walter Kolbow
- Fritz Rudolf Körper
- Nicolette Kressl (bis 17.11.2007)
- Christel Humme (ab 26.11.2007)
- Joachim Poß
- Angelica Schwall-Düren
- Ludwig Stiegler

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Olaf Scholz (bis 21.11.2007)
- Thomas Oppermann (ab 26.11.2007)
- Petra Ernstberger
- Iris Gleicke
- Ute Kumpf
- Uwe Küster (bis 9.10.2007)
- Christian Lange (ab 9.10.2007)

Bundestagsvizepräsident/in
- Susanne Kastner
- Wolfgang Thierse

Justiziar
- Klaus Uwe Benneter

17. WAHLPERIODE (AB 27.10.2009)

Vorsitzender
- Frank-Walter Steinmeier

Stellvertretende Vorsitzende
- Gernot Erler
- Elke Ferner
- Hubertus Heil
- Ulrich Kelber
- Christine Lambrecht (ab 12.04.2011)
- Joachim Poß
- Florian Pronold
- Axel Schäfer (ab 28.09.2010)
- Olaf Scholz (bis 11.03.2011)
- Angelica Schwall-Düren (bis 14.07.2010)
- Dagmar Ziegler

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Thomas Oppermann
- Petra Ernstberger
- Iris Gleicke
- Ute Kumpf (bis 01.06.2010)
- Christian Lange

Bundestagsvizepräsident
- Wolfgang Thierse

Justiziarin
- Brigitte Zypries

18. WAHLPERIODE (AB 22.10.2013)

Vorsitzende
- Frank-Walter Steinmeier (bis 16.12.2013)
- Thomas Oppermann (ab 16.12.2013)

Stellvertretende Vorsitzende
- Sören Bartol
- Hubertus Heil (bis 06.06.2017)
- Eva Högl
- Karl Lauterbach
- Rolf Mützenich
- Carola Reimann
- Axel Schäfer
- Carsten Schneider
- Ute Vogt

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Thomas Oppermann (bis 16.12.2013)
- Christine Lambrecht (ab 16.12.2013)
- Bärbel Bas
- Petra Ernstberger
- Dagmar Ziegler

Bundestagsvizepräsidentinnen
- Edelgard Bulmahn
- Ulla Schmidt

Justiziar/in
- Katarina Barley (bis 26.01.2016)
- Matthias Bartke (ab 26.01.2016)

19. WAHLPERIODE (AB 24.10.2017)

Vorsitzende
- Andrea Nahles (bis 04.06.2019)
- Dr. Rolf Mützenich (ab 04.06. bis 24.09.2019 kommissarischer Vorsitzender, ab 24.09.2019 Vorsitzender)

Stellvertretende Vorsitzende
- Sören Bartol
- Bärbel Bas (ab 24.09.2019)
- Hubertus Heil (bis 14.03.2018)
- Gabriela Heinrich (ab 24.09.2019)
- Dr. Eva Högl
- Christine Lambrecht (bis 14.03.2018)
- Prof. Dr. Karl Lauterbach (bis 24.09.2019)
- Katja Mast
- Dr. Matthias Miersch
- Dr. Rolf Mützenich (bis 04.06.2019)
- Achim Post

Parlamentarische Geschäftsführer/innen
- Carsten Schneider
- Bärbel Bas (bis 24.09.2019)
- Gabriele Katzmarek (ab 24.09.2019)
- Marianne Schieder
- Dagmar Ziegler

Bundestagsvizepräsident
- Thomas Oppermann

Justiziarin
- Sonja Amalie Steffen

DIE SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DANKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG FÜR IHRE FREUNDLICHE BERATENDE UNTERSTÜTZUNG.

FOTOS ANDREAS AMANN (S. 38.1, 40.1), ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE ADSD / FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (S. 3, 4.1, 4.4-5, 6.2-4, 8.1-2, 10.1, 10.4, 14.2, 24.4-5, 26.2), ADSD / SEPP SPIEGL (S. 29); AUSWÄRTIGES AMT, PRESSEFOTO OHNE HINWEIS AUF FOTOGRAFEN (S. 34.2); BILDSCHÖN / TRENKEL (S. 37); DOMINIK BUTZMANN (S. 38.5); J. H. DARCHINGER / FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (S. 4.2-3, 6.1, 8.4, 15, 19, 20.1-2, 22.1, 22.3-4); MARC DARCHINGER (S. 24.3, 28.4, 30.4, 32.2); DEUTSCHER BUNDESTAG / MARC-STEFFEN UNGER (TITEL 1.2), ACHIM MELDE (S. 41), WERNER SCHÜRING (S. 41); JOSÉ GIRIBÁS (S. 25); PHOTOTHEK.NET / THOMAS IMO (S. 31), THOMAS KÖHLER (S. 36.1); PATRYK WITT (S. 39); PICTURE-ALLIANCE (TITEL 1.1, S. 7, 8.3, 9, 10.2-3, 11, 12.1-4, 13, 14.1, 14.3, 16.1-4, 17, 18.1-4, 20.3-5, 21, 22.2, 23, 24.1-2, 26.1, 26.3-4, 28.1-3, 30.2-3, 30.5, 33, 35); PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG / BUNDESBILDSTELLE (S. 5, 27); SPD-BUNDESTAGSFRAKTION (S. 34.1), SPD-FRAKTION.DE (S. 30.1, 32.1, 32.3-5, 34.3-5, 36.2-5), SPDFRAKTION.DE: (SUSIE KNOLL, FLORIAN JÄNICKE (S. 38.2-4), PHOTOTHEK (S. 1, 40.2-3)

FÜR DIE FOTOS (S. 3, 4.5) KONNTEN KEINE RECHTEINHABER ERMITTELT WERDEN. DIE RECHTE-INHABER SIND AUFGEFORDERT, GGF. MIT DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION IN KONTAKT ZU TRETEN.

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, CARSTEN SCHNEIDER MDB,
ERSTER PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, NOVEMBER 2019
TEXT UND REDAKTION RALF BERGMANN, ANJA LINNEKUGEL, STEFAN HINTERMEIER
FOTOS NACHWEISE SIEHE SEITE 52
SATZ DOMINIQUE MAYER, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
DRUCK WESTKREUZ DRUCKEREI AHRENS BERLIN

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ZUM ZWECK DER WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.